

# Geschäftsverteilungsplan des Bundesgerichtshofes für das Jahr 1968

(für die Zeit vom 1. März 1968 bis zum 31. Dezember 1968)

## A. Geschäftsverteilung

### Vorbemerkung

Zum 1. März 1968 wird ein weiterer (10.) Zivilsenat errichtet. Das Präsidium des Bundesgerichtshofes hat beschlossen, die Zivilsenate von diesem Zeitpunkt ab mit den Zahlen I bis X zu bezeichnen.

Es ändert sich danach die Bezeichnung folgender Senate:

bisher:	jetzt:
Ia Zivilsenat	= X. Zivilsenat (Patentsenat)
Ib Zivilsenat	= I. Zivilsenat
IV. Zivilsenat	= IX. Zivilsenat

Der neue Senat erhält die Bezeichnung „IV. Zivilsenat“.

### I. Zivilsenate

Dem I. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Urheberrecht, Verlagsrecht und das Geschmacksmusterrecht;
2. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, soweit sie nicht dem X. Zivilsenat zugewiesen sind, insbesondere die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Warenzeichen,
  - b) Ansprüche aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Rabattgesetz und der Zugabeverordnung,
  - c) Firmen- und Namensrecht, soweit es sich um die Verwechselbarkeit im geschäftlichen Verkehr handelt;
3. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Sortenschutzgesetz, soweit es sich um Streitigkeiten über den Sortennamen handelt;
4. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts in Warenzeichen- und Geschmacksmustersachen;
5. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Kontokorrenten (HGB § 355),
  - b) Ansprüche aus Kommissionsgeschäften (HGB §§ 383 ff);
6. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Speditions-, Lager- und Frachtgeschäften;
7. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus dem Erwerb eines Handelsgeschäftes (GVG § 95 Nr. 4 d);
8. die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 36 ZPO und § 9 EGZPO;
9. die Entscheidungen nach § 7 Abs. 2 LwVG (kraft Gesetzes);
10. alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind;
11. die Entscheidungen, die erforderlich werden, bevor sich der für die Bearbeitung der Sache zuständige Senat feststellen läßt.

Dem II. Zivilsenat sind zugewiesen

1. a) die Seesachen (HGB §§ 474 ff. nebst SeemannsO, SeemannsG und StrandungsO § 44),
- b) die Rechtsstreitigkeiten aus den Reichsgesetzen über Binnenschifffahrt und Flößerei (einschließlich von Zusammenstößen von Schiffen mit Nichtschiffen),
- c) Schadenersatzansprüche gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts aus der Verletzung von Pflichten zur Unterhaltung oder Verkehrssicherung von Wasserstraßen,
- d) die Rechtsstreitigkeiten über Schleppverträge und Versicherungen (einschließlich von Rückversicherungen) wegen Wasser- (See- oder Fluß-) Transport allein oder in Verbindung mit Landtransport,
- e) die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15. November 1940, über Besitz und Eigentum an Schiffen und Schiffsbauwerken sowie über Ansprüche

aus schuldrechtlichen Verträgen über Schiffe und Schiffsbauwerke,

- f) die Rechtsstreitigkeiten über Schiffspfandrechte und Zwangsvollstreckung in Schiffe (ZVG §§ 162 ff);

### 2. die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von Wertpapieren,
- b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum (einschließlich der Fälle des § 771 ZPO), Nießbrauch und Pfandrecht (einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, HGB § 369) an Wertpapieren sowie aus Rechtsgeschäften hierüber,
- c) Ansprüche auf Grund des Börsengesetzes und des Gesetzes betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere;

### 3. die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus Gesellschaftsverhältnissen (BGB §§ 705 ff) und Gemeinschaften (BGB §§ 741 ff),
- b) innere Verhältnisse von Handelsgesellschaften, stillen Gesellschaften, eingetragenen Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Vereinen (auch Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit) mit Einschluß der Rechtsstreitigkeiten zwischen diesen Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen und ihren Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern,
- c) Firmenrecht (HGB §§ 17 ff), soweit nicht der I. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 c);

### 4. die Rechtsstreitigkeiten über Wechselsachen, Schecksachen und Ansprüche aus kaufmännischen Anweisungen;

### 5. die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) zwischen Kreditinstituten und ihren Kunden oder zwischen Kreditinstituten untereinander, soweit die Institute die üblichen Bankgeschäfte betreiben und nicht mit Sonderaufgaben befaßt sind (wie z. B. Bausparkassen, Teilzahlungsinstitute und ähnliche);

### 6. die Entscheidungen im Falle des § 28 FGG,

- a) sofern es sich um die Führung der Schiffsregister, Binnenschiffsregister und Schiffsbauregister und sonstige Befugnisse der Registerrichter oder Dispachen handelt,
- b) soweit es sich um die Führung der Handelsregister, Genossenschaftsregister und Vereinsregister und um sonstige Befugnisse der Registerrichter handelt.

Dem III. Zivilsenat sind zugewiesen

### 1. die Rechtsstreitigkeiten über

#### a) Schadenersatzansprüche

- aa) von juristischen Personen des öffentlichen Rechts gegen ihre Beamten, Richter und Soldaten auf Grund des Dienstverhältnisses, soweit nicht der V. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 i),
- bb) gegen Beamte aus § 839 BGB, soweit nicht der V. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 i),
- cc) gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts auf Grund des Art. 131 WRV und des Art. 34 GG, soweit nicht der V. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 i),
- dd) gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts aus der Verletzung der Straßenunterhaltungspflicht oder Verkehrssicherungspflicht auf Straßen, jedoch mit Ausnahme von Wasserstraßen, für die der II. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 1 c),

- b) die Ansprüche von Beamten, Richtern und Soldaten sowie ihren Hinterbliebenen auf Grund des Dienstverhältnisses, soweit noch die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte begründet ist;

### 2. die Rechtsstreitigkeiten über

#### a) Ansprüche auf Entschädigung wegen

- aa) Enteignung und enteignungsgleichen Eingriffs,

- bb) Inanspruchnahme auf Grund des Reichsleistungsgesetzes und des Bundesleistungsgesetzes oder wegen polizeilicher Maßnahmen enteignungsähnlicher Art,
- cc) unschuldig erlittener Untersuchungshaft oder Freiheitsentzug im Wiederaufnahmeverfahren,
- b) vermögensrechtliche Ansprüche aus Aufopferung für das gemeine Wohl und aus öffentlich-rechtlicher Verwahrung sowie Schadenersatzansprüche aus der Verletzung öffentlich-rechtlicher Pflichten (VwGO § 40 Abs. 2 Satz 1),
- c) Ansprüche aus der Menschenrechtskonvention;
- 3. die Entscheidungen über Revisionen in Angelegenheiten des Baulandbeschaffungsgesetzes vom 3. August 1953 und des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960;
- 4. Erbrecht einschließlich von Erbschaftskäufen, soweit nicht der IV. Zivilsenat (Nr. 1 c) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 f) zuständig ist;
- 5. Schenkungen (BGB §§ 516 ff), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 a) zuständig ist, sowie Stiftungen (BGB §§ 80 ff), Nießbrauch an Vermögen (BGB §§ 1085 ff) und Leibrenten (BGB §§ 759 ff);
- 6. die Rechtsstreitigkeiten über Darlehen (BGB §§ 607 ff) oder abstrakte Schuldverhältnisse (BGB §§ 780—808 a), soweit nicht der I. Zivilsenat (Nr. 5 a) oder der II. Zivilsenat (Nr. 2 c) zuständig ist;
- 7. ab 1. Dezember 1968 (bis 30. November 1968 V. ZS Nr. 2 h und k) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Bergrechtssachen (EGBGB Art. 67) einschließlich der Abbaurechtssachen (EGBGB Art. 68) sowie Wasserrechtssachen (EGBGB Art. 65) einschließlich der Deich- und Siedrechtssachen (EGBGB Art. 66),
  - b) Jagd- und Fischereirechte nebst Verträgen hierüber;
- 8. die Entscheidungen nach § 109 BRAO (auch in Verbindung mit § 108 BNotO), § 77 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung, § 56 Abs. 2 des Steuerberatungsgesetzes und § 93 Abs. 2 der Patentanwaltsordnung;
- 9. die Entscheidungen nach § 159 Abs. 1 GVG in Zivilsachen nebst § 2 FGG;
- 10. die Entscheidungen in den Fällen des § 28 FGG, wenn es sich um Nachlasssachen handelt, bei denen es nicht ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke geht.

#### Dem IV. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Personenrecht, insbesondere Namensrecht (BGB § 12), soweit nicht der I. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 c), einschließlich Entmündigungen und Todeserklärungen,
  - b) Familienrecht,
  - c) die erbrechtlichen Wirkungen der Zugewinnngemeinschaft (BGB § 1371 nF);
- 2. die Rechtsstreitigkeiten über Versicherungsverhältnisse;
- 3. ab 1. Dezember 1968 (bis 30. November 1968 VIII. ZS Nr. 1 e) die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Makler (BGB §§ 652 ff) einschließlich der Handelsmakler (HGB §§ 93 ff) sowie über Ansprüche aus § 354 HGB;
- 4. die Entscheidungen in Fällen des § 28 FGG, sofern es sich um Personenrechts- und Familienrechtssachen handelt;
- 5. die Bestimmung des zuständigen Gerichts im Falle des § 650 Abs. 3 ZPO;
- 6. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 23 Abs. 1, § 29 Abs. 1 EGGVG über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts einschließlich des Handelsrechts, des Zivilprozesses und der freiwilligen Gerichtsbarkeit getroffen sind.

#### Dem V. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen;
- 2. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (einschließlich Vorkaufs und Wiederverkaufs),
  - b) Landpachtverträge (LandpachtG v. 25. Juni 1952 § 1),

- c) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an Grundstücken und an Sachen, die mit einem Grundstück oder Gebäude in körperliche Verbindung gebracht sind, mit Einschluß von Überbau und Grenzverhältnissen (BGB §§ 912—916, 919 bis 923), ferner die Rechtsstreitigkeiten aus dinglichen Vorkaufsrechten und Rechtsgeschäften darüber,
- d) Ansprüche aus dinglichen Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten und Rechtsgeschäften darüber,
- e) Nachbarrecht nebst dessen Verletzung (BGB §§ 903—910, GewO § 26),
- f) Erbrecht, wenn es sich ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke handelt,
- g) Zwangsvollstreckung in Grundstücke mit Einschluß von Kauf und Tausch von Rechten aus dem Meistgebot (ZVG § 81),
- h) bis 30. November 1968 (ab 1. Dezember 1968 III. ZS Nr. 7a) Bergrechtssachen (EGBGB Art. 67) einschließlich der Abbaurechtssachen (EGBGB Art. 68) sowie Wasserrechtssachen (EGBGB Art. 65) einschließlich der Deich- und Siedrechtssachen (EGBGB Art. 66),
- i) Schadensersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von Grundbuchbeamten in Grundbuchsachen einschließlich der Rückgriffsansprüche gegen Beamte,
- k) bis 30. November 1968 (ab 1. Dezember 1968 III. ZS Nr. 7 b) Jagd- und Fischereirechte nebst Verträgen hierüber,
- l) kirchenrechtliche Verhältnisse sowie Schulbaulasten und Grabstätten (EGBGB Art. 132, 133),
- m) Familiengüter und Lehen (EGBGB Art. 59);
- 3. die Entscheidungen in den Fällen
  - a) des § 28 FGG, wenn es sich um Nachlasssachen handelt, bei denen es ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke geht,
  - b) des § 79 GBO,
  - c) des § 2 ZVG und des § 3 des Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Fideikommiß- und Stiftungsrechts vom 28. Dezember 1950.

#### Dem VI. Zivilsenat sind zugewiesen

die Rechtsstreitigkeiten über

- 1. Ansprüche aus unerlaubten Handlungen, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 c), der III. Zivilsenat (Nr. 1 a und 7 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 c, i und k) zuständig ist, Schadensersatzansprüche aus Heilbehandlung, auch wenn die Ansprüche auf Vertrag gestützt sind, sowie Ansprüche aus dem Recht am eigenen Bild (§ 22 ff des KunstUrhG vom 9. Januar 1907);
- 2. Ansprüche aus Unfällen, an denen ein Luftfahrzeug, ein Kraftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Straßenbahn beteiligt sind, auch wenn sie auf den Beförderungsvertrag gestützt sind, jedoch mit Ausnahme der zur Zuständigkeit des I. Zivilsenats (Nr. 6) gehörenden Frachtverträge über Güter;
- 3. Schadensersatzansprüche auf Grund sonstiger besonderer Gesetzesvorschriften (z. B. ZPO § 302 Abs. 4, §§ 717, 945), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
- 4. Dienstverhältnisse, soweit nicht der X. Zivilsenat (Nr. 7), der II. Zivilsenat (Nr. 3 b) oder der VII. Zivilsenat (Nr. 1 b und 2) zuständig ist;
- 5. Schadensersatzansprüche gegen Rechtsanwälte und Notare;
- 6. Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2 a) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 d und g) zuständig ist, aus den Oberlandesgerichtsbezirken Düsseldorf, Koblenz und Köln.

#### Dem VII. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Werkverträge, soweit nicht der VI. Zivilsenat (Nr. 1 und 2) zuständig ist,
  - b) Dienstverhältnisse der Architekten und anderer bei Bauten beschäftigter Personen;
- 2. die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662—676) und Geschäftsführung ohne Auftrag (BGB §§ 677 bis 687), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 5) zuständig ist;
- 3. die Rechtsstreitigkeiten über ungerechtfertigte Bereicherung (BGB §§ 812 ff), sofern es nicht mit Rücksicht auf das neben diesen Bestimmungen anzuwendende Recht zweckmäßig



erscheint, daß die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird;

4. die Rechtsstreitigkeiten über Schiedsverträge und Schiedssprüche (ZPO §§ 1025 ff, § 274 Abs. 2 Nr. 3);
5. die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Handelsvertreter (HGB §§ 84 ff);
6. die Entscheidungen in den Fällen des § 28 FGG, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 6), der III. Zivilsenat (Nr. 10), der IV. Zivilsenat (Nr. 4), der V. Zivilsenat (Nr. 3 a) oder der VIII. Zivilsenat (Nr. 4) zuständig ist.

#### Dem VIII. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2 a), der V. Zivilsenat (Nr. 2 d und g) oder der VI. Zivilsenat (Nr. 6) zuständig ist,
  - b) Miet- und Pachtverhältnisse, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 b) zuständig ist,
  - c) Leihe und Verwahrung (BGB §§ 598 ff, 688 ff), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2 c), der III. Zivilsenat (Nr. 2 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 a) zuständig ist,
  - d) Bürgschaften (BGB §§ 765 ff); jedoch ist bei Rechtsstreitigkeiten über eine Bürgschaft für die Zuständigkeit die Hauptverbindlichkeit maßgebend, wenn nur deren Bestand den Gegenstand des eigentlichen Streites bildet,
  - e) bis 30. November 1968 (ab 1. Dezember 1968 IV. ZS Nr. 3) die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Makler (BGB §§ 652 ff) einschließlich der Handelsmakler (HGB §§ 93 ff) sowie über Ansprüche aus § 354 HGB;
2. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen, aus Funden (BGB §§ 965 ff) sowie auf Vorlegung von Sachen (BGB §§ 809—811), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2 b) zuständig ist,
  - b) Ansprüche aus Nießbrauch und Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts (HGB § 369) und von Rechtsgeschäften hierüber, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 d) zuständig ist;
3. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Zwangsvollstreckung in anderes als unbewegliches Vermögen (einschließlich der Klagen auf Erlaß des Vollstreckungsurteils und mit Einschluß von § 771 ZPO, dagegen mit Ausschluß der §§ 767—769 ZPO),
  - b) Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (ZPO §§ 883 ff) sowie Offenbarungseid und Haft (ZPO §§ 899 ff), soweit nicht der III. Zivilsenat (Nr. 1 a) zuständig ist,
  - c) Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners zum Nachteil seiner Gläubiger im Konkurs und außerhalb des Konkurses (KO §§ 29 ff, 196; AnfechtungsG), auch soweit Scheingeschäft behauptet wird;
4. die Entscheidungen nach § 47 Abs. 2 MschG i.V.m. § 28 Abs. 2 und 3 FGG und Entscheidungen nach Artikel III des Dritten Gesetzes zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften vom 21. Dezember 1967 (BGBl. I, 1248).

#### Dem IX. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Angelegenheiten des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz) und des Bundesgesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes;
2. die Rechtsstreitigkeiten über Rückgriffsansprüche, die mit Rückerstattungssachen zusammenhängen.

#### Dem X. Zivilsenat (Patentsenat) sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Patentrecht und Gebrauchsmusterrecht nebst Verträgen hierüber;
2. die Rechtsstreitigkeiten aus Verträgen über die Benutzung eines Geheimverfahrens oder über die ausschließliche Verwertung nicht geschützter gewerblicher Erzeugnisse;
3. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet der Arbeitnehmererfindungen;

4. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Sortenschutzgesetz, soweit sie nicht dem I. Zivilsenat (Nr. 3) zugewiesen sind;
5. die Patentnichtigkeitssachen, Zwangslizenzsachen und Patentrücknahmesachen;
6. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts in Patent- und Gebrauchsmustersachen;
7. die Ansprüche gegen einen Patentanwalt aus Anlaß seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsgesetz) einschließlich von Schadensersatzansprüchen.

### II. Strafsenate

#### Dem 1. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bamberg, Karlsruhe, München, Nürnberg, Saarbrücken und Stuttgart;
2. die Revisionen in Militärstrafsachen (zweiter Teil des Wehrstrafgesetzes vom 30. März 1957, BGBl. I 298);
3. die Revisionen in Strafsachen wegen Vergehens des 5 a Abschnitts, Zweiter Teil des Strafgesetzbuchs, soweit nicht der 3. Strafsenat dafür zuständig ist.

#### Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bremen, Frankfurt am Main, Koblenz, Köln, und Zweibrücken;
2. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit nicht der 3. Strafsenat (Nr. 3 a) zuständig ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 19 Abs. 2 ZuständigkeitsergänzungsG vom 7. August 1952, BGBl. III 310-1, und die sonstigen Entscheidungen, die keinem anderen Strafsenat zugeteilt sind.

#### Dem 3. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den in § 134 GVG bezeichneten Strafsachen aus allen Oberlandesgerichtsbezirken einschließlich des Bezirks des Kammergerichts;
2. die Revisionen in Strafsachen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammern aus allen Oberlandesgerichtsbezirken, für den Bezirk des Kammergerichts jedoch nur insoweit, als sie nicht Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (§§ 234 a, 241 a StGB; Berliner Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 14. Juni 1951, GVBl. 417) betreffen;
3. a) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit es sich um die durch §§ 74 a, 120 GVG begründete Zuständigkeit der Landgerichte und Oberlandesgerichte und um die durch § 102 JGG begründete Zuständigkeit der Jugendschöffengerichte handelt,
  - b) die Entscheidungen nach § 153 c StPO;
4. die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf.

#### Dem 4. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm;
2. die Revisionen in Verkehrsstrafsachen (einschließlich der Eisenbahn- und Luftunfälle mit Ausnahme von Unfällen der Berliner Stadtbahn);
3. die Entscheidungen nach § 27 des Deutschen Auslieferungsgesetzes vom 23. Dezember 1929.

#### Dem 5. (Berliner) Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Kammergerichts und für die Bezirke der Oberlandesgerichte Braunschweig, Celle, Hamburg, Oldenburg und Schleswig;
2. die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammern des Bezirks des Kammergerichts, die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (StGB §§ 234 a, 241 a) betreffen;
3. die Revisionen in Strafsachen gegen Entscheidungen aller Gerichte, wenn es sich um die Anwendung des Berliner Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 14. Juni 1951, GVBl. 417, handelt;
4. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 23 Abs. 1, § 29 Abs. 1 EGGVG über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die

von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiet der Strafrechtspflege oder von den Vollzugsbehörden im Vollzug der Freiheitsstrafen, der Maßregeln der Sicherung und Besserung, des Jugendarrests und der Untersuchungshaft getroffen sind.

### III. Große Senate

(nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senates für Zivilsachen, des Großen Senates für Strafsachen und der Vereinigten Großen Senate ergibt sich aus dem Gerichtsverfassungsgesetz, dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, dem Deutschen Richtergesetz, der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Patentanwaltsordnung, der Wirtschaftsprüferordnung und dem Steuerberatungsgesetz.

### IV. Kartellsenat

(nachrichtlich)

Der Kartellsenat ist kraft Gesetzes für die Entscheidungen über die in § 95 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufgeführten Rechtsmittel zuständig.

### V. Dienstgericht des Bundes

(nachrichtlich)

Das Dienstgericht des Bundes ist kraft Gesetzes in denjenigen Angelegenheiten von Richtern, Mitgliedern des Bundesrechnungshofes, Staatsanwälten sowie Bundes- und Landesanwälten zuständig, die ihm durch das Deutsche Richtergesetz übertragen sind.

### VI. Senat für Notarsachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Notarsachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesnotarordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 108 Abs. 2 BNotO i. V. m. § 109 BRAO, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

### VII. Senat für Anwaltssachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Anwaltssachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesrechtsanwaltsordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 109 BRAO, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

### VIII. Senat für Patentanwaltssachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Patentanwaltssachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Patentanwaltsordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 93 Abs. 2 Patentanwaltsordnung, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

### IX. Senat für Wirtschaftsprüfersachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Wirtschaftsprüfersachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Wirtschaftsprüferordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 77 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

### X. Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in dem Steuerberatungsgesetz dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 56 Abs. 2 Steuerberatungsgesetz, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

## Schlußbestimmungen zur Geschäftsverteilung

### I.

Erachtet ein Senat vor Anberaumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, daß sie nach der Art des anzuwendenden Rechtes vor einen anderen bestimmten Senat gehöre, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzweckmäßig erscheint. Der Abgabebeschluß ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend.

### II.

Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreits entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

### III.

Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen oder in einem neuen Prozeß, an den Bundesgerichtshof gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen.

### IV.

1. Für Vertragshilfesachen aus dem Vertragshilfegesetz vom 26. März 1952 ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig, zu dessen Rechtsgebiet die zu regulierende Verbindlichkeit gehört. Sind mehrere Verbindlichkeiten zu regulieren, so entscheidet die dem Betrage nach höchste Verbindlichkeit.
2. Für Rechtsstreitigkeiten über Vergleiche ist derjenige Senat zuständig, dem das Rechtsgebiet zugewiesen ist, auf das sich der Vergleich bezieht.

### V.

Rechtsbeschwerden nach § 56 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 25. März 1952 sind im Hinblick auf die Geschäftsverteilung wie Revisionen zu behandeln.

### VI.

Strafsachen, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen, werden wieder von diesem Senat bearbeitet, selbst wenn der Geschäftsverteilungsplan inzwischen geändert worden ist.

### VII.

Betrifft in einer Vorlegungssache die zur Entscheidung gestellte Rechtsfrage ein Rechtsgebiet, das zur Zuständigkeit eines bestimmten Strafsenats gehört, so ist dieser Senat für die Entscheidung über die Vorlegungssache zuständig, gleichgültig, ob sich die Vorlegung auf § 120 Abs. 3 GVG oder auf § 121 Abs. 2 GVG stützt.

### VIII. Übergangsbestimmung

1. Zum 1. März 1968 gehen mit Ausnahme der auf März 1968 terminierten Zivilsachen alle anhängigen Sachen einschließlich der Sachen, die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangt sind (Nr. III, VI der Schlußbestimmungen), auf den dann zuständigen Senat über.
2. Rechtsstreitigkeiten in Zivilsachen, die nach dieser Geschäftsverteilung auf einen anderen Senat übergehen, gehören in Abweichung von Nr. III der Schlußbestimmungen auch dann zu dem für das Sachgebiet nunmehr zuständigen Senat, wenn sie nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen (sog. Rückläufer).
3. Diese Regelung gilt für die zum 1. Dezember 1968 vorgeordnete Abgabe von Zivilsachen entsprechend mit der Maßgabe, daß an Stelle des Monats März der Monat Dezember tritt.



## B. Besetzung der Senate

(Stand vom 1. März 1968)

### I. Zivilsenate

#### I. Zivilsenat

Senatspräsidentin	Dr. Krüger-Nieland	
Bundesrichter	Pehle	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Sprenkmann	(in erster Linie KS)
Bundesrichter	Dr. Mösl	
Bundesrichter	Alff	
Bundesrichter	Dr. Simon	
Bundesrichter	Dr. Merkel	

#### II. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Fischer, Robert	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Kuhn	(stellv. Vorsitzender, außerdem KS und Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Nörr	
Bundesrichter	Liesecke	
Bundesrichter	Dr. Bukow	(bis 31. 3. 1968 außerdem IV. ZS)
Bundesrichter	Dr. Schulze	
Bundesrichter	Fleck	
Bundesrichter	Stimpel	

#### III. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Pagendarm	(außerdem Senat für Notarsachen)
Bundesrichter	Dr. Kreft	(stellv. Vorsitzender, außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Arndt	(außerdem Senat für Notarsachen u. Senat f. Anwaltssachen)
Bundesrichter	Dr. Beyer	
Bundesrichter	Dr. Hußla	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Gähtgens	
Bundesrichter	Keßler	

#### IV. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Hauß	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Johannsen	(stellv. Vorsitzender, außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Pfretzschner	
Bundesrichter	Dr. Reinhardt	
Bundesrichter	Dr. Bukow	(außerdem bis 31. 3. 1968 II. ZS)
Bundesrichter	Dr. Buchholz	
Bundesrichter	Wüstenberg	(bis 30. 11. 1968 IX. ZS)

#### V. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Augustin	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Piepenbrock	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Rothe	
Bundesrichter	Dr. Freitag	
Bundesrichter	Dr. Mattern	
Bundesrichter	Hill	(in erster Linie KS)
Bundesrichter	Offteding	(in erster Linie KS)
Bundesrichter	Dr. Grell	

#### VI. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Engels	
Bundesrichter	Hanebeck	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Bode	
Bundesrichter	Meyer, Heinrich	
Bundesrichter	Dr. Weber	(außerdem bis 31. 3. 1968 VIII. ZS)
Bundesrichter	Dr. Nüßgens	
Bundesrichter	Sonnabend	

### VII. Zivilsenat

Vizepräsident des Bundesgerichtshofes	Glanzmann	(außerdem Senat f. Notarsachen, Senat f. Anwaltssachen u. Senat f. Patentanwaltssachen)
Bundesrichter	Dr. Heimann-Trosien	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Rietschel	
Bundesrichter	Erbel	
Bundesrichter	Meyer, Hubert	
Bundesrichter	Dr. Vogt	(in erster Linie Senat f. Anwaltssachen, außerdem Senat f. Notarsachen u. Senat f. Patentanwaltsachen)
Bundesrichter	Dr. Finke	

### VIII. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Haidinger	
Bundesrichter	Dr. Gelhaar	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Artl	
Bundesrichter	Dr. Mezger	
Bundesrichter	Dr. Messner	
Bundesrichter	Dr. Weber	(bis 31. 3. 1968, außerdem VI. ZS)
Bundesrichter	Mormann	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Braxmaier	

### IX. Zivilsenat

Senatspräsident	Mai	
Bundesrichter	Wüstenberg	(bis 30. 11. 1968; stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Maaß	
Bundesrichter	Dr. Loewenheim	
Bundesrichter	Dr. Graf	
Bundesrichter	von der Mühlen	
Bundesrichter	Prof. Dr. Bökelmann	(in erster Linie Senat f. Anwaltssachen, außerdem Senat f. Notarsachen)

### X. Zivilsenat (Patentsenat)

Senatspräsident	Dr. Spreng	
Bundesrichter	Dr. Löscher	(stellv. Vorsitzender; in erster Linie KS, außerdem Senat für Patentanwaltssachen)
Bundesrichter	Claßen	
Bundesrichter	Schneider	(in erster Linie Senat für Patentanwaltsachen)
Bundesrichter	Trüstedt	
Bundesrichter	Ballhaus	
Bundesrichter	.....	

### II. Strafsenate

#### 1. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Hübner	
Bundesrichter	Dr. Seibert	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Fischer, Friedrich	
Bundesrichter	Loesdau	
Bundesrichter	Pikart	
Bundesrichter	Dr. Pfeiffer	

#### 2. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Baldus	(außerdem Dienstgericht des Bundes, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerberater- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Dr. Willms	(stellv. Vorsitzender)

Bundesrichter	Kirchhof	(in erster Linie Senat f. Anwaltssachen, außerdem Senat f. Notarsachen, Senat f. Patentanwaltssachen, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Meyer, Gerd	(außerdem Dienstgericht des Bundes, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Henning	(außerdem Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- und Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Dr. Müller	(außerdem Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- und Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Baumgarten	

### 3. Strafsenat

Senatspräsident	Scharpenseel	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Hengsberger	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Wiefels	
Bundesrichter	Mayer, Albrecht	
Bundesrichter	Dr. Rinck	
Bundesrichter	Neifer	

### 4. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Rotberg	
Bundesrichter	Dr. Sanders	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Faller	(in erster Linie KS, außerdem Senat f. Anwaltssachen)
Bundesrichter	Börtzler	(in erster Linie Senat f. Anwaltssachen, außerdem Senat für Notarsachen und Senat f. Patentanwaltssachen)
Bundesrichter	Mayr, Christian	
Bundesrichter	Dr. Dr. Spiegel	
Bundesrichter	Hürxthal	

### 5. (Berliner) Strafsenat

Senatspräsident	Prof. Dr. Sarstedt	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Schmidt, Adolf	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Siemer	
Bundesrichter	Schmitt, Rudolf	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Börker	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Kersting	
Bundesrichter	Herrmann	

## III. Große Senate

Besetzung für die Geschäftsjahre 1967 und 1968

### Zivilsachen

Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Dr. Heusinger
Stellvertretender Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Vizepräsident des Bundesgerichtshofes Glanzmann
Mitglieder	Vertreter
Senatspräsidentin Dr. Krüger-Nieland (I. ZS)	.....
Senatspräsident Dr. Fischer, Robert (II. ZS u. Dienstgericht d. Bundes)	.....

Mitglieder	Vertreter
Bundesrichter Dr. Kreft (III. ZS u. Dienstgericht d. Bundes)	Bundesrichter Dr. Hußla (III. ZS)
Bundesrichter Johannsen (IV. ZS u. Dienstgericht d. Bundes)	Bundesrichter Wüstenberg (IX. ZS; ab 1. 12. 1968 IV. ZS)
Bundesrichter Dr. Mattern (V. ZS)	Bundesrichter Dr. Rothe (V. ZS)
Senatspräsident Dr. Hauß (IV. ZS u. Dienstgericht d. Bundes)	Bundesrichter Hanebeck (VI. ZS)
Bundesrichter Dr. Heimann-Trosien (VII. ZS)	Bundesrichter Dr. Vogt (Senat f. Anwaltssachen, außerdem VII. ZS, Senat f. Notarsachen u. Senat f. Patentanwaltssachen)
Bundesrichter Mormann (VIII. ZS u. Dienstgericht d. Bundes)	Bundesrichter Dr. Mezger (VIII. ZS)

### Strafsachen

Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Dr. Heusinger
Stellvertretender Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Vizepräsident des Bundesgerichtshofes Glanzmann

### Mitglieder

### Vertreter

Bundesrichter Fischer, Friedrich (1. StS)	Senatspräsident Dr. Hübner (1. StS)
Senatspräsident Dr. Baldus (2. StS, Dienstgericht des Bundes, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)	Bundesrichter Dr. Willms (2. StS)
Bundesrichter Meyer, Gerd (2. StS, Dienstgericht des Bundes, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)	.....
Bundesrichter Börtzler (Senat f. Anwaltssachen, 4. StS, Senat f. Notarsachen u. Senat f. Patentanwaltss.)	Senatspräsident Scharpenseel (3. StS u. Dienstgericht d. Bundes)
Bundesrichter Dr. Dr. Spiegel (4. StS)	Senatspräsident Dr. Rotberg (4. StS)
Senatspräsident Professor Dr. Sarstedt (5. StS und Dienstgericht d. Bundes)	.....
Bundesrichter Schmitt, Rudolf (5. StS)	Bundesrichter Hürxthal (4. StS)
Bundesrichter Dr. Faller (KS, 4. StS und Senat für Anwaltssachen)	Bundesrichter Dr. Börker (5. StS und Dienstgericht des Bundes)

## IV. Kartellsenat

Präsident des Bundesgerichtshofes Bundesrichter	Dr. Dr. Heusinger Dr. Löschner	(stellv. Vorsitzender, außerdem X. ZS und Senat für Patentanwaltssachen)
Bundesrichter	Dr. Kuhn	(in erster Linie II. ZS, außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter Bundesrichter Bundesrichter	Hill Offterding Dr. Faller	(außerdem V. ZS) (außerdem V. ZS) (außerdem 4. StS und Senat für Anwaltssachen)
Bundesrichter	Dr. Sprenkmann	(außerdem I. ZS)

## V. Dienstgericht des Bundes

Besetzung für die Zeit vom 1. Januar 1967  
bis zum 31. Dezember 1971

- Vorsitzender:** Senatspräsident Dr. Baldus  
(2. StS, Senat f. WiPrüfers. u. Senat  
f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-  
sachen)
- Stellvertreter des  
Vorsitzenden:** Senatspräsident Dr. Fischer, Robert  
(II. ZS)  
Senatspräsident Prof. Dr. Sarstedt  
(5. StS)  
Senatspräsident Scharpenseel  
(3. StS)
- ständige Beisitzer:** Bundesrichter Meyer, Gerd  
(2. StS, Senat f. WiPrüfers. u. Senat  
f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-  
sachen)  
Bundesrichter Mormann (VIII. ZS)
- Vertreter der  
ständigen Beisitzer:** Bundesrichter Dr. Hußla (III. ZS)  
Bundesrichter Schmitt, Rudolf (5. StS)  
Bundesrichter Dr. Hauß (IV. ZS)
- nichtständige Beisitzer:**
- a) Mitglieder des Bundesgerichtshofes:**
- Beisitzer:** Senatspräsident Dr. Augustin (V. ZS)  
Bundesrichter Dr. Kreft (III. ZS)
- Vertreter:** Bundesrichter Johannsen (IV. ZS)  
Bundesrichter Dr. Kuhn (II. ZS u. KS)  
Bundesrichter Dr. Börker (5. StS)
- b) Mitglieder des Bundesverwaltungsgerichts:**
- Beisitzer:** Senatspräsident Prof. Dr. Fürst  
Bundesrichter Weber-Lortsch
- Vertreter:** Senatspräsident Hering  
Bundesrichter Dr. Nehlert
- c) Mitglieder des Bundesfinanzhofs:**
- Beisitzer:** Bundesrichter Barske  
Bundesrichter Dr. Rahn
- Vertreter:** Bundesrichter Dr. Berger  
Bundesrichter Dr. Ringleb
- d) Mitglieder des Bundesarbeitsgerichts:**
- Beisitzer:** Senatspräsident Prof. Dr. Stumpf  
Bundesrichter Dr. Pecher
- Vertreter:** Senatspräsident Dr. Poelmann  
Bundesrichter Wichmann
- e) Mitglieder des Bundessozialgerichts:**
- Beisitzer:** Bundesrichter Dr. Langkeit  
Senatspräsident Dr. Hauelsen
- Vertreter:** Bundesrichter Dr. Neuhaus  
Senatspräsident Penquitt
- f) Mitglieder des Bundesrechnungshofs:**
- Beisitzer:** Direktor b. Bundesrechnungshof Dr. Sina  
Ministerialrat Dr. Schulze
- Vertreter:** Direktor b. Bundesrechnungshof Irmer  
Ministerialrat Faber

## VI. Senat für Notarsachen

Durch Beschluß des Präsidiums sind für die Zeit bis zum  
31. März 1969 (Bundesrichter Professor Dr. Bökelmann bis 31. Ja-  
nuar 1972) bestellt worden:

- zum Vorsitzenden:** Vizepräsident des Bundesge-  
richtshofes Glanzmann  
(VII. ZS, außerdem Senat für  
Anwaltssachen u. Senat f.  
Patentanwaltssachen)
- zum Stellvertreter  
des Vorsitzenden:** Senatspräsident Dr. Pagendarm  
(III. ZS)
- zu beisitzenden Mitgliedern  
des Bundesgerichtshofes:** Bundesrichter Dr. Arndt  
(außerdem III. ZS und Senat  
für Anwaltssachen)  
Bundesrichter Börtzler  
(in erster Linie Senat für An-  
waltssachen, außerdem 4. StS  
und Senat für Patentanwalts-  
sachen)  
Bundesrichter Professor Dr.  
Bökelmann  
(in erster Linie Senat für  
Anwaltssachen, außerdem  
IX. ZS)

zu Vertretern:

- Bundesrichter Dr. Vogt  
(in erster Linie Senat für An-  
waltssachen, außerdem VII. ZS  
und Senat für Patentanwalts-  
sachen)
- Bundesrichter Kirchhof  
(in erster Linie Senat für An-  
waltssachen, außerdem 2. StS,  
Senat für Patentanwalts-  
sachen, Senat für WiPrüfers.  
u. Senat für Steuerber.- u.  
Steuerbevollm.-sachen)

## VII. Senat für Anwaltssachen

**Vorsitzender (kraft Gesetzes):** Präsident des Bundesgerichts-  
hofes Dr. Dr. Heusinger

**Stellvertretender  
Vorsitzender:**

- Vizepräsident des Bundesge-  
richtshofes Glanzmann  
(VII. ZS, außerdem Senat für  
Notarsachen und Senat für  
Patentanwaltssachen)

**beisitzende Mitglieder  
des Bundesgerichtshofes:**

- Bundesrichter Dr. Vogt  
(außerdem VII. ZS, Senat für  
Notarsachen und Senat für  
Patentanwaltssachen)
- Bundesrichter Kirchhof  
(außerdem 2. StS, Senat für  
Notarsachen, Senat f. Patent-  
anwaltssachen, Senat für  
WiPrüfers. und Senat für  
Steuerber.- und Steuerbe-  
vollm.-sachen)
- Bundesrichter Börtzler  
(außerdem 4. StS, Senat für  
Notarsachen und Senat für  
Patentanwaltssachen)
- Bundesrichter Professor  
Dr. Bökelmann  
(außerdem IX. ZS und Senat  
für Notarsachen)

**Vertreter:**

- Bundesrichter Dr. Arndt  
(außerdem III. ZS und Senat  
für Notarsachen)
- Bundesrichter Dr. Fallert  
(in erster Linie KS, außerdem  
4. StS)

## VIII. Senat für Patentanwaltssachen

**Vorsitzender:**

- Vizepräsident des Bundes-  
gerichtshofes Glanzmann  
(VII. ZS, außerdem Senat f.  
Notarsachen u. Senat f. An-  
waltssachen)

**beisitzende Mitglieder  
des Bundesgerichtshofes:**

- Bundesrichter Dr. Vogt  
(stellv. Vorsitzender, in erster  
Linie Senat f. Anwaltssachen,  
außerdem VII. ZS u. Senat für  
Notarsachen)
- Bundesrichter Börtzler  
(in erster Linie Senat für An-  
waltssachen, außerdem 4. StS  
und Senat für Notarsachen)
- Bundesrichter Schneider  
(außerdem X. ZS)

**Vertreter:**

- Bundesrichter Dr. Löscher  
(in erster Linie KS, außerdem  
X. ZS)
- Bundesrichter Kirchhof  
(in erster Linie Senat f. An-  
waltssachen, außerdem 2.  
StS, Senat für Notarsachen,  
Senat f. WiPrüfers., Senat für  
Steuerberater- u. Steuerbe-  
vollm.-sachen)



## IX. Senat für Wirtschaftsprüfersachen

Vorsitzender:	Senatspräsident Dr. Baldus (2. StS, außerdem Dienstgericht des Bundes u. Senat f. Steuerberater- u. Steuerbevollmächtigtensachen)
beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofes:	Bundesrichter Kirchhof (stellv. Vorsitzender, in erster Linie Senat f. Anwaltssachen, außerdem 2. StS, Senat für Notarsachen, Senat f. Patentanwaltssachen u. Senat für Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen) Bundesrichter Henning (außerdem 2. StS u. Senat f. Steuerberater- u. Steuerbevollm.-sachen)
Vertreter:	Bundesrichter Dr. Müller (außerdem 2. StS u. Senat f. Steuerberater- u. Steuerbevollm.-sachen) Bundesrichter Meyer, Gerd (außerdem 2. StS, Dienstgericht des Bundes u. Senat f. Steuerberater- u. Steuerbevollm.-sachen)

## X. Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen

Vorsitzender:	Senatspräsident Dr. Baldus (2. StS, außerdem Dienstgericht des Bundes u. Senat f. Wirtschaftsprüfersachen)
beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofes:	Bundesrichter Kirchhof (stellv. Vorsitzender, in erster Linie Senat f. Anwaltssachen, außerdem 2. StS, Senat für Notarsachen, Senat f. Patentanwaltssachen, Senat f. Wirtschaftsprüfersachen) Bundesrichter Henning (außerdem 2. StS u. Senat für Wirtschaftsprüfersachen)
Vertreter:	Bundesrichter Dr. Müller (außerdem 2. StS u. Senat für Wirtschaftsprüfersachen) Bundesrichter Meyer, Gerd (außerdem 2. StS, Dienstgericht des Bundes u. Senat f. Wirtschaftsprüfersachen)

## Vertretung und Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

### I.

Soweit ein Richter mehreren Senaten angehört und von mehreren Senaten gleichzeitig benötigt wird, geht die Anforderung des Senates vor, dem der Richter in erster Linie zugeteilt ist. Die Anforderung der Großen Senate und des Dienstgerichts des Bundes geht allen anderen Anforderungen vor.

### II.

#### a) Vertretung in den Zivilsenaten

- Es vertreten sich jeweils gegenseitig die Mitglieder des I. und des X. Zivilsenats, des II. und des VII. Zivilsenats, des IV. und des VIII. Zivilsenats, des III. und des VI. Zivilsenats sowie des V. und des IX. Zivilsenats. Die Mitglieder des Kartellsenats werden von den Mitgliedern des I. Zivilsenats vertreten.
- In eiligen Fällen kann jeder Zivilsenat darüber hinaus alle anderen Senate in ihrer nummernmäßigen Reihenfolge, beginnend mit dem der Nummer nach folgenden Senat, auf Gewährung eines Vertreters in Anspruch nehmen.

#### b) Vertretung in den Strafsenaten

- Es vertreten sich jeweils gegenseitig die Mitglieder des 1. und des 3. Strafsenats sowie die Mitglieder des 2. und des 4. Strafsenats. Soweit eine weitere Vertretung im 3. Strafsenat erforderlich wird, ist in der Reihenfolge dieser Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 2 und 4 berufen.
- Sind in einer Revisions-Strafsache, die zur Zuständigkeit des 3. Strafsenats gehört, so viele Mitglieder des Senats gemäß § 22 Nr. 1 StPO von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes ausgeschlossen, daß der Senat ohne Zuziehung von Vertretern nicht mehr ordnungsgemäß besetzt ist, so ist an seiner Stelle der 2. Strafsenat zuständig.
- Zur Vertretung der Mitglieder des 5. (Berliner) Strafsenats ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1, 2 und 4 in dieser Reihenfolge berufen.

#### c) Bestimmung der im Einzelfall zur Vertretung berufenen Senatsmitglieder

Soweit ein Senat gemäß der vorstehenden Vertretungsregelung einen nicht namentlich bezeichneten Vertreter zur Verfügung zu stellen hat, sind die dem Senat angehörigen Bundesrichter in der Reihenfolge vom niedrigsten bis zum höchsten Dienstalter nacheinander zur Vertretung berufen. Ist der hiernach zur Vertretung berufene Bundesrichter an der Vertretung verhindert, so tritt der im Dienstalter folgende Bundesrichter für ihn ein.

- Ist ein Mitglied der Großen Senate des Bundesgerichtshofes und zugleich sein Vertreter verhindert, die ihm obliegenden Geschäfte innerhalb des Großen Senats wahrzunehmen, so tritt an die Stelle des jeweiligen ordentlichen Vertreters derjenige Vertreter im Großen Senat für Zivilsachen oder Strafsachen, der jeweils in der allgemeinen Reihenfolge der Vertreter auf den verhinderten Vertreter folgt.

## Anhang zum Geschäftsverteilungsplan

### A. Sitzungstage und Sitzungssäle

	Sitzungstage	Sitzungssäle
I. Zivilsenat	Freitag (Hauptsitzungstag) Mittwoch	H 223 H 223
II. Zivilsenat	Montag, Donnerstag	H 122
III. Zivilsenat	Montag, Donnerstag	W 411
IV. Zivilsenat	Mittwoch, Freitag	H 123
V. Zivilsenat	Freitag (Hauptsitzungstag) Mittwoch (einmal im Monat)	W 511 W 411 oder H 222
VI. Zivilsenat	Dienstag (Hauptsitzungstag) Freitag	W 511 W 511
VII. Zivilsenat	Montag, Donnerstag	H 222
VIII. Zivilsenat	Montag, Mittwoch	W 511
IX. Zivilsenat	Donnerstag (Hauptsitzungstag) Dienstag	W 511 H 122
X. Zivilsenat (Patentsenat)	Dienstag (Hauptsitzungstag) Donnerstag	H 223 H 223
1. Strafsenat	Dienstag Donnerstag	W 411 H 123
2. Strafsenat	(zugleich Senat für Wirtschaftsprüfersachen sowie Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen) Montag, Mittwoch	N 241 W 411
3. Strafsenat	Mittwoch (Revisionsverhandlungen)	W 411
4. Strafsenat	Mittwoch Freitag	H 222 W 411
5. Strafsenat	Dienstag, Freitag	Berlin
Kartellsenat	Donnerstag	H 223
Anwaltssenat	} Montag	H 223
Notarsenat		
Patentanwaltssenat		



## B. Geschäftsordnung

(Auszug)

### § 3

#### Präsidium

Das Präsidium beschließt in den ihm durch das Gesetz oder durch diese Geschäftsordnung zugewiesenen Angelegenheiten. Es entscheidet außerdem im Zweifelsfall, vor welchen Senat eine Sache gehört.

### § 7

#### Sitzungen

(1) Die Sitzungen der Senate finden wöchentlich an den ein für allemal bestimmten Tagen statt, unter Vorbehalt außerordentlicher Sitzungen, die durch die Umstände nötig werden.

(2) Die außerordentlichen Sitzungen der Senate sowie die Sitzungen des Plenums, der Großen Senate und der Vereinigten Großen Senate werden von den Vorsitzenden nach Bedürfnis einberufen.

(3) An Sonntagen und allgemeinen Feiertagen finden Sitzungen nur in Notfällen statt.

### § 8

#### Berichterstatler

(1) Bei der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen ernennt der Vorsitzende des Senats einen Berichterstatler, und zwar in der Regel, nachdem er Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt hat. Der Berichterstatler stellt spätestens eine Woche vor dem Verhandlungstermin dem Vorsitzenden eine schriftliche Bearbeitung der Sache mit den Akten zu. Dem Vorsitzenden steht es frei, vor dem Verhandlungstermin eine weitere vorbereitende Bearbeitung der Sache durch einen zweiten Berichterstatler anzuordnen oder die Akten bei den Senatsmitgliedern mit dem Ersuchen umlaufen zu lassen, zu einzelnen bestimmt bezeichneten Rechtsfragen schriftlich Stellung zu nehmen.

(2) Wird die Revision durch Beschluß erledigt, so genügt ein mündlicher Vortrag des Berichterstatlers.

(3) Die Vorschriften des Abs. 1 sind sinngemäß anzuwenden

1. bei Berufungen in Patentsachen,
2. bei Beschwerden, die gemäß § 28 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder gemäß § 79 der Grundbuchordnung dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden,
3. bei Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen, sofern es sich nicht um unzulässige Rechtsbeschwerden handelt,

4. bei anderen Beschwerden und Entscheidungen, wenn ein Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt wird; geht der Entscheidung eine mündliche Verhandlung nicht voraus, so wird auf mündlichen Vortrag des vom Senatsvorsitzenden zu bestellenden Berichterstatlers entschieden, jedoch ist eine vorbereitende Bearbeitung nicht ausgeschlossen.

### § 9

#### Große Senate

(1) In den Fällen der §§ 136, 137 GVG hat der Senat, der die Entscheidung eines Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate einholen will, die zu entscheidenden Rechtsfragen in einem Beschluß festzustellen und mit diesem Beschluß auch die Akten der Rechtssache dem Vorsitzenden des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate zuzustellen. Im Falle des § 136 GVG hat jedoch der Senat, der von der Entscheidung eines anderen Senats abweichen will, zunächst bei diesem anzufragen, ob er der Abweichung zustimmt; wenn der andere Senat zustimmt, so bedarf es keiner Entscheidung des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate.

(2) Der Vorsitzende des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate leitet den Beschluß und die Akten dem Generalbundesanwalt, wenn dieser zu hören ist, zur schriftlichen Stellung seiner Anträge vor der Berichterstattung zu.

(3) Es werden zwei Berichterstatler ernannt, von denen der eine dem Senat angehören muß, der die Entscheidung des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate einholt. Handelt es sich um eine Entscheidung der Vereinigten Großen Senate, so ist, wenn der erste Berichterstatler einem Zivilsenat angehört, als zweiter Berichterstatler ein Mitglied eines Strafsenats zu bestellen und umgekehrt.

(4) Die Berichte sind schriftlich zu erstatten. Eine Abschrift der Berichte und der Anträge des Generalbundesanwalts ist vor der Sitzung jedem Mitglied mitzuteilen, das zur Mitwirkung an der Entscheidung berufen ist. Der Generalbundesanwalt ist von der Sitzung rechtzeitig zu benachrichtigen.

(5) Über das Ergebnis der Beratung hat ein vom Vorsitzenden zu bestimmendes Mitglied des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate eine Niederschrift aufzunehmen.

(6) Die Entscheidung des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate ergeht in Form eines Beschlusses mit Entscheidungsgründen; der Beschluß muß die Namen der Richter, die mitgewirkt haben, und den angenommenen Rechtssatz enthalten und ist von den Richtern zu unterzeichnen. Der Beschluß kann auch dahin lauten, daß die Entscheidung der Rechtsfragen mangels der Voraussetzungen der §§ 136, 137 GVG abgelehnt wird.